

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal inkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 231.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierstellige Zeitzeile 20 Pf.,
Stellengeld 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf., Veran-
nungszugehörigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 29.

Berlin, den 18. Juli 1908.

24. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Das Ergebnis der statistischen Erhebungen über die Lage der Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen in Deutschland, die auf Veranlassung der Limbacher Konferenz vorgenommen sind, ist durch den Kollegen Pfütze in Dresden zum Versand gekommen und wird allen Zahlstellen und Gaubevollmächtigten inzwischen zugegangen sein. Die Broschüre ist als Material für die agitatorisch tätigen Kollegen bestimmt.

Sollte die Broschüre irgendwo nicht angekommen sein oder Nachlieferung, die allerdings nur in beschränktem Maße möglich ist, gewünscht werden, bitten wir entsprechende Mitteilung an Kollegen Pfütze-Dresden gelangen zu lassen.

2. In das Verzeichnis der Ausgeschlossenen bitten wir nachzutragen: Heinrich Adler aus Rastatt, Buchnummer 61126.

3. Da Mitte August ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so erlauben wir die Bevollmächtigten dringend, uns etwaige Adressenänderungen bis spätestens zum 27. Juli angeben zu wollen. Da in früheren Fällen die Änderungen leider vielfach später als zu dem angelegten Termin einliefen und zum Teil nicht mehr ins Verzeichnis aufgenommen werden konnten, wodurch das Adressenverzeichnis besonders für unsere wandernden Kollegen an Wert einbüßte, so mahnen wir die Bevollmächtigten nochmals dringend zur rechtzeitigen Einsendung der Adressenänderungen.

4. Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß die Verichtsarten für das Kaiserlich Statistische Amt trotz direkter Mahnung und trotz mehrfacher Aufforderung an dieser Stelle von den Zahlstellen Wachen, Eßlingen, Hensburg, Konstanz und Potsdam nicht eingeliefert worden sind.

Es mußten deshalb diese Zahlstellen mit insgesamt 118 männlichen und 37 weiblichen, zusammen 155 Mitgliedern, bei der Zusammenstellung unberücksichtigt gelassen werden.

Der Verbandsvorstand.

Der 6. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Eine der unangenehmsten Erscheinungen in unserem Organisationsleben bilden die Grenzstreitigkeiten. Dieser Materie war auf dem Kongreß darum auch ein besonderer Punkt gewidmet, damit das unleidige Thema endlich einmal von der Bildfläche verschwinden möge. Daß letzteres allerdings nur ein frommer Wunsch bleiben wird, ist Einsichtigen schon längst klar und es bleibt uns nur übrig, auf unsere Vorbesprechung hinzuweisen, in der geiaht wurde, daß Taftgefühl und Verständigung der beteiligten Parteien die einzige Lösung der Frage geben können. Der Kongreß bestätigte diese Ansicht, indem die Debatten zeigten, daß bei ehrlichem Willen die Grenzstreitigkeiten auf ein Minimum herabgedrückt werden können. Ganz aus der Welt

schaffen läßt sich das Uebel leider nicht und die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation wird es eben nur einschränken, nicht aber beseitigen. Um der Diskussion über diesen Punkt eine bestimmte Wendung zu geben und zu verhüten, daß die Debatten sich ins Unendliche ergehen, war von dem Kongreß schon am ersten Verhandlungstag eine Redaktionskommission gewählt worden, welche eine Resolution vorlegte, die eine Richtschnur abgeben soll zur möglichen Vermeidung aller Grenzkonflikte. Die nach langer Debatte zur Annahme gelangende Resolution weist zunächst auf das Bestehende hin, große Industrieverbände zu gründen, dem nicht von außen, also durch Kongreßbeschlüsse usw. vorgegriffen werden solle. Um aber ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wurde denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, strittige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Verbände abzugrenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertrittes von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen zu regeln. Wie ersichtlich ist die Resolution in ihrer Grundtendenz identisch mit der bereits im Februar 1906 von der Konferenz der Zentralvorstände gefaßten Resolution. (Siehe „Buchbinder-Zeitung“ Nr. 11 vom 17. März 1906.) Sie erfuhr nur einige der Gegenwart besser entsprechende Abänderungen. Weiter sprach der Kongreß aus, daß die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen und Genossenschaftsbetrieben prinzipiell zu verwerfen ist. Die Angestellten und Arbeiter in solchen Betrieben sollen vielmehr verpflichtet sein, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsgenossen teilzunehmen.

Die Haltung der Genossenschaften, speziell des vorjährigen Düsseldorfer Genossenschaftstages, zu den Forderungen der Arbeiterorganisationen, die unseren Mitgliedern bekannt ist (siehe Nr. 32 und 33 1907), bot ebenfalls Anlaß zu einer längeren zum Teil recht scharfen Debatte. Um die Reibungsflächen zu mildern und ein ersprießliches Arbeiten des Kongresses auch in dieser Frage zu ermöglichen, hatte die Generalkommission sich mit dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine über die Auslegung der bekannten Düsseldorfer Resolution verständigt und konnte darum dem Kongreß eine Vereinbarung unterbreitet werden, die die Zustimmung beider Körperschaften aufwies. Dem zur selben Zeit in Eisenach tagenden Genossenschaftstag lag die gleiche Abmachung zur Aussprache und Beschlusfassung vor. Dieser Genossenschaftstag aber

hielt sich nicht an den Wortlaut der vereinbarten Abmachung, sondern er fügte ihr einen Absatz an, der im gewissen Sinn im Widerspruch steht mit den in gemeinsamer Beratung beider Körperschaften zustande gekommenen Resolutionen. Der Gewerkschaftskongreß stimmte jedoch der Erklärung Regiens zu, daß der Kongreß sich nur mit der vereinbarten Abmachung einverstanden erklärte. Im übrigen wurde die Generalkommission beauftragt, sich nochmals mit dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Verbindung zu setzen, um eine Klärung der durch den Beschluß des Eisenacher Genossenschaftstages hervorgerufenen Mißstimmung herbeizuführen.

Ueber „die Entwicklung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland“ referierte Wolfenbühr. Das großzügige Referat wies schlagend die vollständige Unzulänglichkeit unserer heutigen sozialpolitischen Gesetzgebung nach. Die dem Gewerkschaftskongreß vorgelegte Resolution fand einstimmige Annahme. In dieser Resolution fordert der Gewerkschaftskongreß für alle Personen, die für Lohn oder Gehalt körperliche oder geistige Arbeitskraft in Dienste anderer stellen, ein einheitliches Arbeiterrecht, wodurch das Vertragsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer so geregelt wird, daß die Arbeiter vor Uebervorteilungen geschützt und die staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter sichergestellt sind. Dem Beispiele der Unternehmerverbände folgend, müssen die organisierten Arbeiter alle Gesetzesvorlagen darauf prüfen, wie sie für die Arbeiter im allgemeinen und für die einzelnen Berufe in besonderer wirken. Alle Bedenken gegen ganze Gesetze oder einzelne Teile von Gesetzen sowie Verbesserungsvorschläge der Arbeiter müssen den gesetzgebenden Körperschaften zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Es soll nun also das gleiche getan werden, was der Zentralverband deutscher Industrieller jetzt schon tut: nämlich alles anzubieten, um Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung zu gewinnen. Diese selbst muß so ausgestaltet werden, wie es im Interesse der großen Masse des Volkes liegt. Die Resolution Wolfenbührs wurde ergänzt durch eine Resolution, welche verlangt, daß in jedem Gesetzentwurf, betreffend eine gesetzliche Vertretung der Arbeiterklasse, das gleiche Recht für Arbeiter und Arbeiterinnen zur Geltung kommt. Der Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern z. B. ist deshalb nicht nur wegen seiner grundlegenden Bestimmungen, sondern auch deswegen zu verwerfen, weil er den 7 Millionen gewerblicher Arbeiterinnen, von denen der Staat und die Gemeinden in gleicher Weise Steuern verlangen, wie von den männlichen Arbeitern, die Wählbarkeit vollständig und zum Teil auch das Wahlrecht zu der gesetzlichen Vertretung der Arbeiterschaft vorenthält.

Ebenfalls der Sozialpolitik gewidmet war Punkt 6 der Tagesordnung: „Die staat-

liche Versicherung der Privatangestellten." Der Referent Genosse Lange wendete sich gegen jedwede Zerspaltung im Versicherungswesen, und forderte er Vereinheitlichung der Versicherungszweige und Ausdehnung dieser auf alle Privatangestellten. Jeder Versuch auf Einführung einer Sonderversicherung für Letztere ist zu bekämpfen. Debatte stimmte der Kongreß seinen Ausführungen zu und nahm er die vorgelegte Resolution an.

Unter der gewerbmäßigen Stellenvermittlung haben eine ganze Reihe Berufe zu leiden, an ihrer Spitze wird das gesamte Nahrungsmittelgewerbe genannt. Genosse Boesch beleuchtete sehr eingehend die wirtschaftlichen und teilweise auch moralischen Schäden, die mit der gewerbmäßigen Stellenvermittlung für die unter diesem Mißstand Leidenden verbunden sind. Als ein Hemmschuh für jede Organisation, welche mit diesem unwürdigen System zu tun hat, charakterisiert sich dieses als stets bereit, einer Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter durch Vermittlung von Streikbrechern und so weiter entgegenzuwirken. Genosse Boesch forderte die gänzliche Ausschaltung der gewerbmäßigen Stellenvermittler, dieser volkswirtschaftlich schädlichen Existenzen im Interesse Hunderttausender von Arbeitern und Ersatz hierfür durch Errichtung öffentlicher, von gemeinnützigen Gesichtspunkten aus geleiteter gebührenfreier Arbeitsnachweise. Reichsgesetzliche Regelung ist die Grundforderung, welche erhoben werden muß und Verweigerung jeglicher Konzessionen an gewerbmäßige Stellenvermittler, Gesindevermieter usw. Der Kongreß schloß sich ihm an und erwartete er, daß bei der in Aussicht stehenden Aenderung der Gewerbeordnung allen diesen Wünschen Rechnung getragen wird.

Der Punkt: „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel“ gab Anlaß zu einer recht belehrenden Diskussion. Der Boykott wurde als ein Hilfsmittel von großer Bedeutung anerkannt, das jedoch nur nach reiflicher Prüfung der Verhältnisse angewandt werden darf, weil die unrechte und unzeitige Anwendung eines Boykotts für die beteiligte Gewerkschaft und die gesamte Arbeiterschaft nachteilig wirkt. Der Gewerkschaftskongreß wendete sich gegen alle

Veruche der Rechtsprechung, bei der Beurteilung des Boykotts die Prüfung auch darauf zu erstrecken, ob ein Boykott Aussicht auf Erfolg bietet, oder ob der Zweck des Boykotts eine Aenderung der wirtschaftlichen beziehungsweise sozialen Verhältnisse zur Folge hat. Die Rechtsprechung hat sich nach Ansicht des Gewerkschaftskongresses auf die Prüfung zu beschränken, ob die Mittel des Boykotts gegen die bestehenden Gesetze verstoßen. Die Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen kann nur Aufgabe der Gesetzgebung sein. Die Veruche, durch die Rechtsprechung eine solche Regelung herbeizuführen oder an ihr teilzunehmen, sind ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und tragen die Gefahr neuer Klassenjustiz in sich und muß darum gegen sie entschieden Protest erhoben werden.

Gleichsam wie die Maifeierfrage, so ist auch die Frage „Die Organisation zur Erziehung der Jugend“ Gegenstand einer Beratung der Generalkommission mit dem Parteivorstand gewesen. Der Extrakt dieser Beratungen ist in der vom Kongreß gegen 16 Stimmen angenommenen Resolution niedergelegt, welche folgenden Wortlaut hat: „Der Kongreß hält die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere die Einführung in die politische und gewerkschaftliche Tätigkeit, für eine wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.“

Diese Aufgabe wird erreicht werden durch die Veranstaltung guter Vorträge, die der Erkenntnis der Jugend angepaßt sind und vor allem die Gebiete Naturwissenschaft, Gesundheitspflege, Literatur, Kunst, Technik, Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft, Geschichte, Politik und gewerkschaftliche Tätigkeit umfassen. Daneben wird durch Veranstaltungen ersten und auch heiteren Inhaltes Unterhaltung und Geselligkeit gepflegt werden können, sowie für Sport und Spiel in den Grenzen der Betätigung zu erwecken sein, daß die Teilnahme hieran nicht zu einer Uebertreibung, zu einer Sportfexerei ausartet.

Für diese Zwecke erscheint die Bildung einer besonderen Jugendorganisation nicht erforderlich, vielmehr werden die Gewerkschaften für ihre jungen Mitglieder und Berufsangehörigen in besonderen Veranstaltungen die

Bildung und Erziehung der Jugend im Sinne dieses Programms fördern.

Die Teilnahme an den Vorträgen und soweit es möglich ist, auch an den anderen Veranstaltungen, soll den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen unentgeltlich gewährt werden.

Die Arrangements sind in den einzelnen Orten einer Kommission zu übertragen, die von dem Gewerkschaftskartell und der Parteiorganisation unter Hinzuziehung einiger Vertreter der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gebildet wird.

Die wirtschaftliche Interessenvertretung und die Entscheidung über politische Parteienfragen bleibt nach wie vor lediglich Aufgabe der gewerkschaftlichen beziehungsweise politischen Organisationen.“

Damit war die Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses in ihrem Hauptteil erschöpft und es harrten nur noch die Anträge der Behandlung, die nicht durch die Tagesordnung erledigt waren. Diese waren verhältnismäßig untergeordneter Natur und wurden sie auch, mit Ausnahme der zur Alkoholfrage gestellten, rasch erledigt. Nach kurzer Debatte wurden jedoch auch diese aus der Welt geschafft, indem der Gewerkschaftskongreß durch den Mund seines Vorsitzenden erklärte, daß die grundsätzliche Stellung der Gewerkschaften zur Alkoholfrage festliegt und daß sie von der vom Essener Parteitag beschlossenen nicht abweicht. Der Gewerkschaftskongreß muß es aber ablehnen, über die Anträge zu entscheiden, welche darauf hinauslaufen, daß besondere Einrichtungen z. B. Gründung von Vereinslokalen ohne Alkoholabschank, Erhebung von Beiträgen zu diesem Zweck usw. geschaffen werden. Ein Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen, wurde abgelehnt. Den Beschluß der Hamburger Tagung machte ein Antrag, der von der vom internationalen Kongreß beschlossenen Resolution betr. die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der soz. Partei Kenntnis nimmt und den Wunsch ausdrückt, daß alle der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften ihre Mitglieder in diesem Sinne erziehen möchten. Der Kongreß erklärte diesen Antrag als durch den Geschäftsbericht der Generalkommission erledigt.

Die Generalkommission wurde um zwei Personen, auf dreizehn, erhöht und die seit-

Der Vagabund.

Von M. Gorilij.
(Fortsetzung.)

Die Kälte wurde immer empfindlicher. Es schien, als ob selbst dem Winde fröhe — mit solchen Klagen und zitterndem Neigen schlug er an die Wände des Magazins. Sie und da trug er das Heulen eines Hundes, einen Hahnenstreich oder den zitternden Ton der Kirchenglocke eines in der Dunkelheit verborgenen Dorfes zu uns. Die Regentropfen fielen schwer von dem Dache des Magazins auf die nasse Erde.

„Es ist langweilig, so schweigend dazuliegen,“ sagte mein Schlafgefährte.

„Und zum Sprechen ist es zu kalt,“ bemerkte ich.

„Strecken Sie Ihre Zunge in die Tasche, da wird sie sich erwärmen.“

„Danke für den guten Rat.“

„Geben wir vielleicht zusammen? Wir haben denselben Weg.“

„Mir ist's recht.“

„So machen wir also Bekanntschaft . . . Ich zum Beispiel bin der Edelmann Paul Promtoff . . .“

Auch ich nannte meinen Namen.

„Nun also? Jetzt frage ich Sie: „Wie kamen Sie in diese Lage?“ Wohl aus einer kleinen Schwäche für Schnaps?“

„Aus Langeweile am Leben.“

„Auch möglich . . . Kennen Sie eine im Verlage des Senats erscheinende Schrift, genannt: Register der Vorbefragungen?“

„Ja.“

„Kommt Ihr Name darin vor?“

Mein Name war zu jener Zeit noch nirgends gedruckt worden, wovon ich ihn auch in Kenntnis setzte.

„Auch ich komme dort nicht vor . . .“

„Sie hoffen aber hinaufzukommen?“

„Alles liegt in Gottes Hand!“

„Sie scheinen ein vergnügter Mensch zu sein?“

„Worüber soll ich mich grämen?“

„Das wird nicht jeder sagen, der in Ihrer Lage ist,“ erwiderte ich, mit einigem Zweifel in die Aufrichtigkeit seiner Worte.

„Die Lage ist allerdings feucht und kalt, aber sie wird sich ja mit dem Morgenrauen ändern. Die Sonne wird aufgehen — das wird sie doch? Dann kriechen wir hier heraus und trinken Tee, essen etwas und wärmen uns . . . ist das denn schlimm?“

„Gut ist das!“ gab ich zu.

„Nun sehen Sie! Alles Schlechte hat seine guten Seiten!“

„Alles Gute — seine schlechten!“

„Amen!“ deklamierte Promtoff im Tone eines Psalmsängers. In seiner Gesellschaft wurde ich wahrhaftig lustig. Ich bedauerte, sein Gesicht nicht sehen zu können, welches, nach den reichen Modulationen der Stimme zu schließen, ein sehr ausdrucksvolles Mienenspiel haben mußte. Wir unterhielten uns lange über Kleinigkeiten und verdeckten dahinter das Verlangen, einander gegenseitig näher kennen zu lernen. Ich bewunderte innerlich die Gewandtheit, mit der er, über sich selbst alles verschweigend, mich zur Aussprache brachte.

Während wir so friedlich plauderten, hörte es auf zu regnen und die Dunkelheit wurdeichter; im Osten rötete sich schon in zartem Glanze die Morgenbämmerung und mit dieser kam auch die Morgen-

frische — angenehm und kräftigend, wenn sie den Menschen trocken und warm angekleidet findet.

„Ob wir hier etwas zum Feuer finden? Trockene Späne?“ fragte Promtoff.

Auf der Erde kirschend, suchten wir, fanden aber nichts. Da beschlossen wir, ein Brett herauszurufen, welches nicht fest genug angebracht war. Nachdem wir das besorgt hatten, zerspalteten wir das Brett. Dann schlug Promtoff vor, ob nicht ein Loch in den Boden des Magazins zu bohren sei, um Roggenkörner herauszuholen — denn wenn man Roggen in Wasser kochte, gäbe es eine gute Speise. Ich protestierte und erklärte, daß ich das für nicht recht halte — wir würden mehrere Kub Roggen aus dem Magazin laufen lassen, um zwei oder drei Pfund davon herauszubekommen.

„Was geht Sie das an?“ frug Promtoff.

„Ich habe gehört, man müsse fremdes Eigentum achten.“

„Das mein Lieber, hat man nur nötig, wenn man selbst Eigentum hat . . . und nur deshalb, weil dieses für jeden anderen als fremder Besitz zu gelten hat.“

Ich schwieg und dachte mir, daß dieser Mensch in der Frage über das Eigentumsrecht zu den äußersten Liberalen gehöre und daß die Annehmlichkeit seiner Bekanntschaft ihre Unbequemlichkeiten habe.

Wah kam die Sonne hervor, heiter und glänzend. Blaue Streifen des Himmels sahen aus den zerflossenen Wolken, die langsam und wie zögernd nach Norden zogen. Überall glänzten die Regentropfen. Promtoff und ich krochen unter dem Magazin hervor und gingen feldeinwärts, über die abgemähten Stoppeln nach dem grünen Streifen von Bäumen weit vor uns.

herigen Mitglieder wieder-, und die Genossen Süß, Textilarbeiter, und Bauer, Bureauangestellter, neugewählt.

Mit einer zündenden Schlußrede des Vorsitzenden Bismelburg wurde der Kongreß geschlossen.

Internationales.

Massenausperrung in Schweden. Am Vormittag des 13. Juli erhielt unser Internationales Sekretariat vom Schwedischen Buchbinderverband eine Depesche, die meldete, daß am selben Tage die schon im voraus angekündigte Aussperrung in Stockholm sowie in Eskilstuna durchgeführt worden war. Damit liegen in der schwedischen Hauptstadt rund 1200 Kollegen und Kolleginnen in offenem Kampfe mit dem Unternehmertum, und in Eskilstuna sind es 150. Es ist aber möglich, daß die Aussperrung innerhalb einer Woche auf ganz Schweden ausgedehnt wird, wieweil die Arbeitgeber dies nur durch verschiedene Tarifbrüche bewerkstelligen können. Kommt es dazu, dann werden von den im ganzen 2300 Mitgliedern des Schwedischen Buchbinderverbandes kaum 200 in Arbeit bleiben.

Wie wohl den meisten unserer Kollegen durch die Tagespresse bekannt sein wird, haben die drei großen Zentralorganisationen des schwedischen Unternehmertums, die alle Industriezweige umfassen, übereinstimmend beschlossen, am 20. Juli eine Generalaussperrung der ganzen Arbeiterschaft Schwedens zu veranstalten, falls nicht schon vier Tage vor diesem Datum alle Streiks, Sperrn und alle anderen derartigen Maßnahmen so beendet sind, wie es die Unternehmer wünschen. Man will also der ganzen Arbeiterschaft eine Entscheidungsschlacht liefern, nicht etwa nur, um hier und da einige Dore Lohn zu sparen, sondern um die Macht der Arbeiterorganisationen ein für allemal zu brechen. Daneben erwartet man von der Generalaussperrung eine günstige Wirkung auf die allgemeinen Reichstagswahlen im Herbst. Wo möglich sollen alle Arbeiter, die zu so hoher Steuer veranlagt sind, daß sie das Wahlrecht haben, außerstand gesetzt werden, ihre Steuern zu zahlen, und damit ihres Wahlrechtes verlustig gehen.

Im Buchbindergewerbe Stockholms haben am 6. Juli nochmals unter Vorsitz des staatsangestellten Vermittlungsbeamten Verhandlungen stattgefunden. Sie dauerten 5½ Stunden. Unsere Kollegen sollten auf Vorschlag des

Beamten einen fünfjährigen Tarifvertrag abschließen, mit Stundenlöhnen — statt der bisherigen Wochenlöhne —, die allzu niedrig waren. Unsere Kollegen hatten einen zweijährigen Tarifvertrag mit wesentlich höheren Wochenlöhnen vorgeschlagen. Jener Vergleichsvorschlag des Beamten war schon von ihrer Generalversammlung abgelehnt und die Unternehmer hatten schon ihren Aussperrungsbeschuß gefaßt. Die letzten Verhandlungen verliefen dann auch ergebnislos.

Nun ist also der Kampf ausgebrochen, welche weitere Ausdehnung er noch annehmen und wie lange er dauern wird, ist nicht vorauszu sehen.

Unsere schwedischen Kollegen erwarten, daß, wenn es notwendig werden sollte, die Solidarität der Kollegenschaft aller anderen Länder auch in tatkräftiger Unterstützung zum Ausdruck kommt, wie es den internationalen Abmachungen entspricht.

Vorläufig gilt es, vor allem dafür zu sorgen, daß kein Buchbinder, ja auch kein Arbeiter anderer Berufe nach Schweden reist, um dort Arbeit zu suchen. Es würde ihm auch schlecht bekommen, denn die schwedischen Arbeiter lassen sich doch nicht von ausländischen Streikbrechern verdrängen, nicht auf die Dauer.

(Die Organe der außerdeutschen Verbände werden um Abdruck des vorstehenden gebeten.)

Oesterreich. Streik in Lemberg. In der Hauptstadt Galiziens, in Lemberg, ist ein Streik ausgebrochen, an dem 33 Betriebe mit 91 Arbeitern und 109 Arbeiterinnen beteiligt sind. Am 13. Juni erfolgte seitens der dortigen Kollegen die Kündigung, nachdem die Unternehmer auf die eingereichten Forderungen nicht antworteten. Zugug fernhalten.

Italien. Streik. Aus Mailand kommt die Nachricht, daß in Fabriano 1100 Mitglieder des italienischen Papierarbeiterverbandes im Ausstand sich befinden. Es wird ersucht, diesen Ort zu meiden.

Schweiz. Ein Schritt zum Industrieband. Soeben gelangt das Protokoll der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Buchbinderverbandes zur Verhandlung. Diese Delegiertenversammlung, welche identisch ist mit dem bei uns gebräuchlichen Namen Verbandstag, fand, wie bereits früher mitgeteilt, zu Pfingsten in Arau statt. Sie war notwendig geworden durch die Verschmelzungsbestrebungen des Buchbinderverbandes und des Hilfsarbeiterverbandes. Auf ihr waren 16 Sektionen, der Zentralvorstand durch seinen

Vorsitzenden, sowie die Redaktion des „Buchbinder“ durch seine zwei Redakteure, deren einer zugleich Delegierter der Sektion Genf war, vertreten. Den Schweizerischen Gewerkschaftsbund vertrat deren Sekretär, Genosse Calame.

Die Verschmelzungsfrage war in Fluß gekommen durch die Agitation unter den Eisensarbeitern der französischen Schweiz, denen die Verbandsbeiträge zu hoch erschienen, sowie durch eine verfloßene Lohnbewegung der Sektion Bern, die ein intimeres Zusammenwirken der Buchbinder und Hilfsarbeiter als notwendig erscheinen ließen. Außerdem besteht auch in der Schweiz das Bestreben, Industriebünde zu schaffen. Einen weiteren Vorteil bildet die Vereinfachung der Verwaltungsgeschäfte, die für eine kleinere Organisation, welche durch ständiges Wachstum mit der baldigen Freistellung einer tüchtigen Kraft rechnen muß, zu schwer zu ertragen ist. Einen nicht kleinen Teil zu den Verschmelzungsbestrebungen trug auch der dem Verbandsvorstand vom letzten Verbandstag gegebene Auftrag bei, dahin zu streben, entweder mit dem Lithographenbund oder den Hilfsarbeitern gemeinschaftlich ein alle Wochen erscheinendes Verbandsorgan herauszugeben. Die Debatte des Arauer Delegiertentages zeitigte, nachdem ein nicht unerheblicher Widerstand beseitigt war, den Beschluß, daß vom 1. Januar 1909 an die Geschäfte des Buchbinder- und des Hilfsarbeiterverbandes gemeinsam von einem Zentralvorstand geführt werden. Den einzelnen Sektionen soll genügend Zeit gelassen werden, sich zu verschmelzen. Die Delegiertenversammlung versprach sich von dem nun notwendig werdenden Staffelleistungsbeitrag (zwei Klassen) gute Fortschritte, da der gegenwärtige hohe Beitrag (80 Pf. pro Woche) die Agitation etwas erschwerere. Der im Verband bestehenden Krankenkasse müssen alle Mitglieder angehören. Die Schaffung eines Zentralarbeitsnachweises wird dem Zentralvorstand zur Beratung überwiesen. Zur Ablehnung kam ein Antrag des Zentralvorstandes, auch während des Bezuges von Kranken-Unterstützung den Beitrag weiter zu erheben. Der achttagigen Herausgabe des Verbandsorgans soll nach der definitiven Regelung der Verschmelzungsfrage näher getreten werden. Ein gleiches geschah mit dem Antrag, das Verbandsgebiet in Gauen einzuteilen, um eine bessere Agitation zu ermöglichen. Zum Schluß wurde dem Zentralvorstand für seine aufopferungsvolle Tätigkeit eine Gratifikation von 80 Mk. zugesprochen.

Der Delegiertentag in Arau vollzog die ersten Schritte zum Industrieband unserer Schweizer Berufsangehörigen und des verwandten Gewerbes der Hilfsarbeiter. Wir

„Dort ist ein Fluß,“ sagte mein Freund.

Ich betrachtete Promtloff und dachte mir, daß er wohl vierzig Jahre alt sein möge, und daß das Leben für ihn kein Spaß gewesen sein müsse. Seine dunkeln tiefstehenden Augen glänzten ruhig und selbstbewußt, und wenn er mit ihnen ein wenig zwinkerte, besaß sein Gesicht einen pfiffigen und harten Ausdruck. Sein ruhiger und sicherer Gang, sein geschickt auf dem Rücken befestigter Kragen, seine ganze Gestalt verriet, daß er an die herumziehende Lebensweise gewöhnt sei, daß er erfahren und gerieben wie ein Fuchs sein müsse.

„Wollen wir folgenden Weg einschlagen: gleich nach dem Fluße, etwa sechs Kilometer davon entfernt, liegt das Dorf Manzeleja und von dort geht ein gerader Weg nach Neu-Brag. In der Nähe dieses Ortes wohnen Stundisten, Baptisten und andere bäuerliche Schwärmer. Die geben gut zu essen, wenn man ihnen etwas Tröstliches vorbringt. Aber mit der Schrift darf man ihnen nicht kommen — sie selbst sind in der Schrift wie zu Hause.“

Wir suchten einen Platz in der Nähe einer Baumgruppe aus, trugen ein paar Steine zusammen, deren viele am Ufer des vom Regen trübe gewordenen Fließchens herumlagen, und zündeten ein Feuer an. Ungefähr zwei Kilometer weit von uns entfernt stand auf einer Anhöhe ein Dorf, auf dessen Strohdächern das Gold der Morgenröte glitzerte. In der Sonne leuchtende, herblich gefärbte späte Pappelzweige erhoben sich vor den weißen Wänden der Lehnhäuser. Grauer Rauch aus den Schornsteinen verlor sich in den Kronen der Pappeln und verdeckte zeitweilig die rötliche Wätersfülle und die Stückchen blauen Himmels, die daraus hervorlugten.

„Ich werde baden,“ sagte Promtloff. „Das ist nach einer so schlechten Nacht notwendig. Auch Ihnen rate ich dazu. Bis wir uns erfrischt haben, laßt der See. Wissen Sie, man muß Sorge tragen, daß unsere Materie stets rein und frisch sei.“

Im Sprechen kleidete er sich aus. Sein Körper beriet Klasse, war schön gebaut und zeigte kräftige, gut entwickelte Muskeln. Und als ich ihn entblößt sah, erschienen mir die schmutzigen Felsen, die er abgeworfen hatte, doppelt so gemein und eckelhaft als vorher. Wir tauchten in das eiskalte Wasser des Fließchens, sprangen zitternd und blau vor Kälte wieder ans Ufer und zogen eilig unsere inzwischen am Feuer warm gewordenen Kleider an. Dann setzten wir uns an den Scheiterhaufen, um Tee zu trinken.

Promtloff hatte eine Blechtasse. Er füllte sie mit kochendem Tee und bot mir zuerst an. Aber jener Teufel, der immer bereit ist, die Menschen zu narren, griff an eine der falschen Seiten meines Herzens und ich sagte großmütig: „Danke, trinken Sie zuerst — ich warte.“

Ich sagte das in der festen Ueberzeugung, daß Promtloff mir bestimmt in Großmut und Höflichkeit zuvorzukommen werde und dann hätte ich ihn nachgegeben und zuerst getrunken. Er aber sagte einfach: „Gut denn...“ und setzte die Tasse an den Mund.

Ich blickte seitwärts aufmerksam in die öde Steppe, um Promtloff glauben zu machen, daß ich nicht sähe, wie mich seine dunklen Augen spöttisch musterten. Er trank Tee, kaute Brot, schmalzte appetitlich mit den Lippen und machte das alles entschuldig langsam. Vor Kälte zitterten sogar meine Eingeweide und ich hatte nicht übel Lust, mir aus

der Teekanne in die Hand kochendes Wasser einzugießen.

„Nun,“ lachte Promtloff, „es ist wohl nicht vorteilhaft, delikant zu sein!“

„Und ob!“ sagte ich.

„Ausgezeichnet! Ziehen Sie daraus eine Lehre.. Wogu soll man einem anderen etwas abtreiben, was einem selbst vorteilbringend und angenehm ist? Man sagt zwar, daß alle Menschen Brüder seien, aber niemand hat versucht, das mit Tauffeinden zu beweisen...“

„Als ob Sie wirklich so dächten?!“

„Warum sollte ich denn mit Ihnen nicht so reden, wie ich denke?“

„Wissen Sie, der Mensch kofettiert immer ein wenig, wer er auch sei...“

„Ich weiß nicht, wodurch ich Ihnen ein solches Mißtrauen eingefößt haben könnte...“ sagte achselzuckend dieses Raubtier. „Doch nicht dadurch, daß ich Ihnen Tee und Brot gegeben habe? Also, ich habe das nicht aus Nächstenliebe getan, sondern aus Neugierde. Ich sehe, daß der Mensch nicht an der richtigen Stelle steht und möchte wissen, was ihn aus dem Lebensgleite herausgebracht hat?“

„Das möchte ich auch wissen...“ Sagen Sie mir, wer und was sind Sie?“ frug ich ihn.

Er blickte mich forschend an und sagte nach einigem Schweigen: „Der Mensch weiß nie genau, was er ist... Man muß ihn fragen, für wen er sich hält.“

„Sei dem so!“

(Fortsetzung folgt.)

zweifeln nicht daran, daß die Hoffnung unserer Schweizer Kollegen, durch die Einigung rüstig vorwärts zu kommen und ihre eigenen Interessen besser wahren zu können, verwirklicht wird. In diesem Sinne begrüßen wir das Resultat der Aarauer Tagung.

Ferien.

Km. Das Wort Ferien ist zurzeit ein erlösendes und befreiendes Zauberwort für hunderttausende unserer Kinder, die in diesen Tagen dem Staub und der Hitze der Schulstühle entfliehen, um sich im prächtigen Sommer der Jugend goldener Tage sorglos und mit Vollgenuss zu erfreuen, um in Feld und Wald, frei von jedem Zwang, umherzutummeln, frische Luft einzuatmen, damit sie neu gestärkt und gekräftigt an ihre Arbeit zurückkehren. Doch nicht nur die Jugend hat sich dem Zauber der Freiheit hingeeben. Ferienstimmung ist überall. Die einförmige, einen um den anderen Tag gleiche Berufsarbeit in finsternen Gassen, engen Stuben, dumpfen Kontoren und dunstigen, mit Gasen und Gift geschwängerten Werkstätten und Fabriken, bringt eine heisse Sehnsucht nach einer zeitweiligen Unterbrechung dieses Alltagslebens und zugleich nach neuen Umgebungen, neuen Eindrücken und nach dem zwig erfrischenden Hauch der Natur. Der Landmann verlangt noch keine Ferien, denn der lange Winter legt Arbeitspausen genug zwischen die Arbeit, und die Beschäftigung in freier Natur, zwischen Feld und Wald, gibt keine Veranlassung dazu, daß man zur Erholung die Natur aufsucht.

Je größer aber die Städte sind, je mehr das Geschäfts- und Berufsleben den Menschen in den Bann tagtäglicher einförmiger Arbeit hineingewürgelt hat, um so heiser wird die Sehnsucht nach Freiheit vom Arbeitszwang, nach einem Dasein außer und über der Arbeit, nach Wechsel, nach Landschaft, nach Wald, Hochgebirge und Meer. Und das Berufsleben, erfindlicher Erwerbtrieb, staatliche Einrichtungen und die mächtige Volksmehrheit verstehen diese Sehnsucht, kommen ihr entgegen und lassen alljährlich zu bestimmten Zeiten die Ferienbewegung sich auslösen.

Die bürgerlichen Zeitungen sind zurzeit wieder voll von verlockenden Anzeigen der Bade- und Luftkurorte; Sonderzüge an die See und ins Gebirge werden veranstaltet und für Tausende ist das Gesprächsthema, der Hauptgegenstand ihrer Gedanken, der bevorstehende Ferientausch. „Ausspannen, ausspannen muß der Mensch!“, das ist die große Lebensregel, die einem zu dieser Jahreszeit auf Schritt und Tritt gepredigt wird — wenn man sich in bürgerlichen Kreisen bewegt oder ihnen angehört!

Aber wie viele von denen, die dies Wort jetzt bei jeder Gelegenheit im Munde führen, denken daran, es auf alle Mitmenschen anzuwenden? Diejenigen, die infolge ihrer Tätigkeit am meisten das physische Bedürfnis haben, einmal eine Pause in ihrer einförmigen Arbeit eintreten zu lassen, sind fast vollständig von der Wohltat der Erholung und Bewegung im Freien ausgeschlossen. Fast noch die ganzen Arbeitermassen der Nation wissen von Ferien überhaupt nichts, kennen den Stillstand der Treitmühle nur am Sonntag und oft da nicht einmal. Sie schaffen Tag um Tag, Sommer und Winter, sowohl auf hohem Baugerüst, als tief unten im Kohlenstaub, in staubigen Werkstätten und mit berpöfelter Luft angefüllten Fabriken, vor glühenden Hochöfen in Eiswerken. Sie sind angeknien im Dienste ihrer Tüchtigkeit, die Ferien in vollen Zügen genießen können; für sie selber ist die Natur aber nicht da, keine luftigen Höhen, keine kühlen Wälder erfrischen die müden Lebensgeister, stärken die von der Fron der täglichen Arbeit abgerackerten Glieder.

Ein Aussetzen von der Arbeit gibt es nur, wenn das gestärkte Gespenst Arbeitslosigkeit oder Krankheit seine fangarme ausgestreckt, um die Geplagten noch tiefer niederzudrücken, als es die Arbeit im Dienste des Kapitals vermocht hat. Wie gerne würden die Arbeiter auch einmal ohne das niederdrückende Bewußtsein feiern, daß damit nicht auch der Verlust des künftigen Arbeitsverdienstes verbunden ist und Sorge und Not eintreten. Die Furcht vor dem Hunger, vor der Existenzlosigkeit treibt sie ohne Raft an ihre Geschäfte, die eine wirkliche Erholung nicht zulassen. Die Sehnsucht nach Erholung, nach Ausspannung wohnt dem Arbeiter ebenso inne wie dem Fabrikherrn, Unternehmer und Beamten, und gerne würde er Ferien nehmen, wenn sie ihm gewährt würden. Doch bis jetzt haben sich die Arbeiter ihren Anteil an diesen Kulturfortschritt noch nicht erringen können. Sie hatten wichtigere und vor allem dringendere Aufgaben zu vollbringen. Die Frage eines halbwegs auskömmlichen Lohns und namentlich einer menschenwürdigen Arbeitszeit hat ihre Kräfte voll in Anspruch genommen.

In letzter Zeit macht sich aber immer mehr eine Bewegung geltend, die dahin zielt, auch die Forde-

rung auf einen Erholungsurlaub eindringlicher hervorzuheben. Die industrielle Arbeiterschaft fordert mit Recht, daß sich nicht nur diejenigen erholen, die vorher wenig und gar nichts tun, sondern daß auch die Mühseligen sich erfrischen und laben dürfen. Verschiedene Berufsgruppen haben auch bereits schöne Erfolge auf diesem Gebiet zu verzeichnen. In der Mehrzahl der Buchdruckereien werden Ferien gewährt, die Brauereiarbeiter und Transportarbeiter haben durch tarifvertragliche Vereinbarungen Ferien für eine bedeutende Anzahl ihrer Mitglieder errungen. Genossenschaftliche und kaufmännische Betriebe gewähren Erholungsurlaub, Kommunen und Staatsbetriebe geben ihren Angestellten die Möglichkeit — allerdings teilweise mit vielen Kautelen und bürokratischen Formeln — einige Tage in Freiheit und Unabhängigkeit zu leben. Auch in unserem Gewerbe sind einige „weiße Raben“, die eingesehen haben, daß es nur eine Forderung der Billigkeit ist, wenn den Arbeitern gewährt wird, was sie selbst begehren.

Die große Mehrzahl der in Industrie, Gewerbe und Handel beschäftigten Arbeiter muß sich aber diese Erholungszeit erst erkämpfen. Die Unternehmer sind ja in ihrer Mehrzahl nicht einsichtig genug, um aus freien Stücken etwas zu bewilligen. Was die Unternehmer für sich selbst als ganz selbstverständlich erachten, ihren Arbeitern werden sie es mit aller Entschiedenheit vorenthalten. Die meisten sind ja der Ansicht, daß der Arbeiter eben von Natur aus dazu bestimmt ist, im Schweiße seines Angesichts sein Brot zu essen. Dazu predigen die frommen Helfershelfer der bestehenden und herrschenden Klassen den Arbeitern: „Hier ist Dein Los, zu dulden und zu barben, in anderen Welten wachsen Deine Gaben.“

Das Ziel der Arbeiterbewegung ist jedoch ein anderes, und die Arbeiter wollen die soziale Frage anders gelöst wissen, als mit dem Hinweis auf das Himmelreich. In das Förderungsprogramm der Arbeiter müssen darum auch als besonderer Punkt die Forderung nach Ferien, das Ausspannen für einige Wochen, um frei aufzuatmen, sich als Mensch zu fühlen, der Schönheiten der Natur und der Schöpfungen von Menschenhand sich zu erfreuen und die Gesundheit neu zu kräftigen und zu stärken, aufgenommen werden.

Die Produktivität der Arbeit, die Höhe der Techniken und Leistungsfähigkeit aller modernen produktiven Anlagen und Betriebe, die Riesensumme der menschlichen und mechanischen Arbeitskräfte ermöglicht heute jedem Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Angestellten, einen mindestens vierzehntägigen Sommerurlaub bei Fortzahlung des vollen Lohns jedes Jahr zu gewähren.

Zu allem Ueberflus liefern ja die Unternehmer fast täglich den Beweis für diese Möglichkeit. Seit Jahren folgt eine Aussperrung auf die andere. Wochenlang werden die Arbeiter um der geringfügigsten Ursachen willen auf die Straße gesetzt. Wenn die Industrie durch diese Aussperrungen nicht zugunbe geht, kann sie es ihren Arbeitern auch gestatten, jeweils im Sommer vierzehn Tage von der ganzjährigen Arbeit auszuspinnen. Die Arbeiter haben ein Recht darauf und müssen es nachdrücklich wahren. Der Anfang ist ja gemacht, es gilt nur, die Einrichtung auf alle auszudehnen, vollständig zu verallgemeinern.

Doch nur mit Hilfe des Koalitionsrechts, mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation wird das möglich, werden wir instand sein, uns auch diesen wichtigen sozialen Vorteil zu verschaffen. Wer mit uns dafür kämpfen will, der gehe hin und werde und streite für unsere Organisation. Dann werden verwirklicht die trefflichen Verse von Karl Gerold, der ausruft:

Luft und Licht dem armen Manne,
Der, verhüllt in Rauch und Dampf,
In des Brotherrn strengem Banne
Kämpft des Daseins harten Kampf;
Nach der Wochen Last und Plage
Gönnt ihm seine Feiertage.
Schafft ihm, weil es Menschenpflicht,
Luft und Licht!

Leipziger Brief.

Die Firma Th. Knauer in Leipzig zwingt uns die Feder in die Hand, um der Kollegenschaft zu zeigen, wie es in einer tariffreien Firma nicht zugehen soll. Wir hatten uns zwar vorgenommen, bei ähnlichen Fällen zunächst einen Versuch zu machen, auf dem Wege der Verhandlung zum Ziele zu kommen, sehen uns dazu jedoch außerstande, weil selbst die angerufenen Tarifinstanzen es nicht vermochten, die Firma zur Einhaltung des Tarifes zu veranlassen.

Verantwortlich ist, daß in dem Betriebe die Besetzung der Schnellpressen tarifwidrig ist, bekannt ist ferner, daß eine am 21. November 1907 stattgefundene Tarifamtshörung sich mit dieser Angelegenheit be-

schäftigte und der Firma aufgab, eine Minderung herbeizuführen. Der Chef derselben sagte dies zwar zu, die Ausführung hat jedoch bis heute auf sich warten lassen, denn noch immer wird an diesen Maschinen neben 4 Arbeiterinnen nur 1 Gehilfe beschäftigt, dem nur zeitweise ein zweiter zugeteilt wird. Dieses Verhalten läßt erneut erkennen, wie wenig ernst es einem Teile der Prinzipale ist, den Tarif in allen seinen Positionen zur Durchführung zu bringen. Dies Verhalten zeigt aber auch weiter, daß die Gehilfenschaft zu ihr gelegener Zeit zu den Mitteln greifen muß, die geeignet erscheinen, eine bessere Beachtung des Tarifes zu erzwingen. Natürlich wird dann wieder ein Hagel über die Unzuverlässigkeit der Gehilfen angestrichelt werden, man wird uns den Vorwurf des Tarifbruchs machen, damit aber wohl kaum Anklang finden, weil unseres Ermessens eine Berechtigung dazu erst dann vorliegt, wenn seitens der Prinzipale der Beweis erbracht worden ist, daß es ihnen in der Gesamtheit ernstlich darum zu tun ist, den Tarif ehrlich eingehalten, woran zu zweifeln wir bisher genügend Ursache hatten.

Wenn aber nun einmal in einem Betriebe Mißstände auf tariflichem Gebiete bestehen, kann meist mit Sicherheit angenommen werden, daß solche nicht vereinzelt vorkommen, sondern gar bald alle Branchen des Berufs im Geschäft infizieren. Wir haben uns in dieser Beziehung auch mit der Firma Th. Knauer nicht getäuscht. In der Fertigmacherei scheint es dabei am übelsten bestellt zu sein, denn unsere Nachforschungen haben ergeben, daß dort einzelne Arbeiter rund 15 Proz. unter Tarif hergestellt werden. Wir nennen von denselben nur „Bilz, Naturfeilbuch“ und „Polz, Maschinenbauer“, die nach dem Tarif mit 5,60 bzw. 5,45 Mk. entlohnt werden müßten, in Wirklichkeit aber nur mit 4,85 bzw. 4,70 Mk. bezahlt werden. Selbst unsere doch gewiß dürftigen Stundenlöhne sind nicht sicher vor einer Herabsetzung. So ist uns z. B. bekannt geworden, daß vor kurzer Zeit ein Kollege mit sage und schreibe 30 Pf. pro Stunde entlohnt wurde, während zurzeit noch ein Gehilfe im Geschäft tätig ist, dem 35 Pf. gezahlt werden. Selbst wenn man berücksichtigt, daß es sich in diesen Fällen um junge Leute handelt, wird man es uns wohl kaum verdenken dürfen, wenn wir eine solche Mißachtung des Tarifes als unerhört bezeichnen. Damit aber nicht genug, geht die Geschäftsleitung auch dazu über, die Stundenlöhne der Arbeiterinnen einer Revision nach unten zu unterziehen. Im Tarif sind die Stundenlöhne lernender Arbeiterinnen mit 15 Pf. festgelegt, doch was kümmert uns das lächerliche Stück Papier, genannt Tarif, denkt die Firma und setzt einen Stundenlohn von 10 Pf. fest, der bis zum heutigen Tage noch erhalten geblieben ist. Auch die Prozententlohnung für Ueberstunden glaubt man im Sommer sparen zu dürfen, denn einzelnen Arbeiterinnen der Präparierabteilung wurde diese vor einiger Zeit vorenthalten.

Das ist ein kleines Stimmungsbild aus einer Werkstube, deren Verhältnisse bisher die Öffentlichkeit noch wenig beschäftigten, trotzdem es schon längst am Plage schien, eine kritische Geißelung der Zustände vorzunehmen. Die Schuld an diesen Mißständen trägt ohne Zweifel die Geschäftsleitung, die wohl dem Verbands deutscher Buchbindereibesitzer angegeschlossen ist, aber nicht im mindesten um die Verpflichtungen kümmert, die aus dieser Mitgliedschaft resultieren. Denn vorerst müssen wir doch noch annehmen, daß der Unternehmerorganisation daran gelegen ist, auch ihrerseits für strenge Durchführung des Tarifes zu sorgen, obwohl es uns oft den Anschein erweckt, als ob das gerade Gegenteil der Fall wäre. Denn die völlig unerfährte Tarifurchründe mehrten sich in bedenklichem Maße.

Eine beliebte Maßregel besteht auch darin, daß einigermaßen gut entlohnte Arbeiter in Stundenlohn hergestellt werden müssen, während schlecht entlohnte im Stücklohn vergeben werden. So ist man jederzeit eifrig bemüht, dafür zu sorgen, daß es dem Bruder Arbeiter nicht zu wohl wird und wundert sich fälschlich auch noch, wenn die Früchte eines solchen Verhaltens nicht nach Gefallen der Herren ausfallen, die die gütige Mutter Vorsehung mit einem anschnüdelnden Geldsack ausgerüstet hat.

Es darf aber auch nicht außer acht gelassen werden, daß unsere Kollegen und Kolleginnen selbst nicht ganz schuldlos an den Verhältnissen sind, denn wenn diese jederzeit Tarifverletzungen den nötigen Widerstand entgegenzusetzen haben würden, hätte mancher Mißstand schon längst Erledigung finden können. Wohin soll es denn führen, wenn einzelne Kollegen bitten, Ueberstunden machen zu dürfen, wohin soll es denn führen, wenn sich Kolleginnen anbieten, Ueberstunden ohne Prozente zu machen, und wohin soll es führen, wenn die Ueberstunden nur mit 10 Pf. berechnet werden, während vielfach doch 15 und 20 Pf. zur Berechnung kommen müssen? Ja, noch mehr, was soll man davon denken, wenn in der flauen Geschäftszeit Seimarbeit geleistet wird, während der größte Teil des Personals ver-

fürzt arbeiten oder aussprechen muß? Das sind Zustände, denen mit allem Nachdruck begegnet werden muß, wollen wir verhindern, daß dieselben zur allgemeinen Gewohnheit werden und sich unausrottbar einprägen. Wir haben zu den Kollegen und Kolleginnen der Firma das Vertrauen, daß sie in Zukunft bestrebt sein werden, die hier gerügten Mißstände beseitigen zu helfen. Da dies im Allgemeininteresse gelegen, glauben wir mit Bestimmtheit erwarten zu dürfen, daß ein jeder in dieser Beziehung sein Bestes tut.

Nun noch ein paar Worte an die Adresse des Herrn Knauer jr. Der junge Mann spielt gern den angenehmen Schwerenöser und scheint vor lieber Langeweile nicht zu wissen, wie er auf vernünftige Weise die Zeit totschlagen soll. Deshalb leistet er sich auch allerlei Extravaganzen, die wir ihm jedoch nicht länger hingehen zu lassen gedenken. Mit diesen Andeutungen soll es für heute sein Bewenden haben, wir wollen aber nicht ungefragt lassen, daß wir eine deutlichere und entschiedener Sprache reden werden, wenn uns ob des Verhaltens des jungen Mannes nochmals Beschwerden zu Ohren kommen.

Damit Schluß, unsere nächste Epistel wird der Firma R. S. u. Co. gewidmet sein müssen, die weil auch dort Verhältnisse bestehen, die einer kritischen Würdigung bedürfen.

Korrespondenzen.

Geperret ist Pforzheim.

Schweiz: Geperret sind die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern, Wwe. Baumer, Geschäftsbücherfabrik in Frauenfeld, und Gcoffier, Lithographie in Genf (Gaug Bives).

Oesterreich: In Lemberg stehen die Buchbinder im Streik und ist dieses darum geperret.

Ungarn: Geperret ist Raab.

Schweden: Stockholm und Eskilstuna sind geperret.

Vor jedem Stellenwechsel ist bei dem örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Pforzheim. Anfang voriger Woche hat der Herr Gewerbeichter Dr. Streng nochmals versucht, eine Einigung im Etnisgewerbe herbeizuführen. Zu diesem Zwecke waren an beide Parteien Einladungen auf Dienstag und Mittwoch ergangen. Ueber das Resultat dieser Sitzung referierte der Vertrauensmann der Etnisarbeiter Dietrich in der am 11. Juli stattgefundenen Versammlung der Ausgesperreten und führte er folgendes aus:

Da die feither stattgefundenen Einigungsversuche, wobei stets beide Parteien zugleich geladen waren, resultatlos verliefen, hatte der Herr Gewerbeichter diesmal die Parteien getrennt geladen und fanden am Dienstag die Verhandlungen der Arbeitgeber und am Mittwoch die Verhandlungen der Arbeitnehmer statt. In der Sitzung der Arbeitgeber, wobei fast alle Arbeitgeber anwesend waren, wurden folgende Bedingungen aufgestellt: Sobald die Vertreter der Ausgesperreten zu Protokoll erklären, daß am Montag, den 13. Juli die Arbeit bei der Firma C. Dieß aufgenommen wird, wird die Ausperierung aufgehoben. Die Einstellung der Ausgesperreten erfolgt nach Bedarf. Ueber den Umfang der eventuellen Einstellung werden folgende Erklärungen von den einzelnen Arbeitgebern abgegeben: Die Firma B. & H. stellt einen Arbeiter nicht mehr ein, die Firma B. Latzner stellt 2 Arbeiter und 1 Arbeiterin nicht mehr ein, die Firma B. & L. stellt 1 Geschäftsführer und 1 Arbeiter nicht mehr ein, die Firma H. & G. stellt 15-16 Arbeiter nicht wieder ein. (Als Grund wird angegeben, daß dieselben Streikposten gestanden haben. Außerdem haben die im Geschäft beschriebenen Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt, daß sie, sobald die Ausgesperreten wieder eingestellt würden, sie insgesamt kündigen werden.)

Die Firmen Ernst K. & L. & Vereinigte Etnisfabriken stellen alle wieder ein, nur sollen für die nicht mehr in den Betrieb zurückkehrenden Arbeiterinnen die gleiche Zahl Arbeiter nicht mehr eingestellt werden. Die Firma Dieß stellt alle mit Ausnahme der Gemäßregelten wieder ein. Die folgenden Firmen stellen nicht mehr ein: Otto Schirmer 3 Arbeiter und 1 Arbeiterin, Richard Schirmer 2 Arbeiter und 1 Arbeiterin, Orth 1 Arbeiter und 1 Arbeiterin, Krieg 3 Arbeiter und 3 Arbeiterinnen, Kurz 2 Arbeiter, Weisborn 1 Arbeiter, Stahl u. Breiting 4 Arbeiter und 4 Arbeiterinnen.

Alle Ausgesperreten stellen wieder ein die Firmen Lorch und Günther.

Die Firma Kraft gibt überhaupt keine Erklärung ab.

Diese Bedingungen wurden in der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung den 30 Vertretern der Ausgesperreten unterbreitet.

Die Bedingungen wurden einstimmig von der Versammlung als unannehmbar bezeichnet und folgende Gegenbedingungen aufgestellt:

Bei der Firma C. Dieß wird die Arbeit sofort aufgenommen, wenn die Arbeitgeber erklären, daß alle Ausgesperreten unter den bis zum 15. März bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder eingestellt werden. Kann die Einstellung aller Ausgesperreten nicht auf einmal erfolgen, dann innerhalb einer Frist von 14 Tagen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. Das Abkommen über Lohn- und Arbeitsbedingungen von 1906 wird auf weitere zwei Jahre schriftlich festgelegt. Einsetzung einer Schlichtungskommission. Jurisdiktion der schwarzen Liste. Bei Neueinstellung sollen die Gemäßregelten zuerst berücksichtigt werden.

Der Redner führte weiter aus, daß unsere Bedingungen den Arbeitgebern zugestellt wurden. Eine Antwort sei hierauf noch nicht eingelaufen. Es sei deshalb anzunehmen, daß unsere Bedingungen abgelehnt seien und für uns damit die Gewerkschaft gegeben sei, daß der Kampf weitergehe. Die jetzt von den Arbeitgebern aufgestellten Bedingungen widersprechen den vor einigen Wochen im Anzeiger abgegebenen Erklärungen der Arbeitgeber. Eine Schmach wäre es für die Ausgesperreten, wenn sie unter solchen Bedingungen die Arbeit aufnehmen würden. Gerade die Weigerung der Arbeitgeber, das Abkommen von 1906 auf weitere zwei Jahre schriftlich festzulegen, beweise, daß die Arbeitgeber keinen dauernden Frieden wollen. Wir aber wollen einen solchen, deshalb müsse der Kampf weitergeführt werden. Die Haltung der Ausgesperreten in dem schon 11 Wochen dauernden Abwehrkampf ist musterhaft und eine Gewähr dafür, solange auszuhalten, bis die Arbeitgeber bereit sind, auf Grund der von uns aufgestellten Bedingungen Frieden zu schließen. Redner geht noch auf die Erklärung der Firma Haug ein. Daß die Kollegen Streikposten gestanden haben, war ihr gutes Recht. Die Verurteilung der Firma über die Erklärung der Streikbrecher ist grundlos. Die Nachfolger, die nicht den Mut besaßen, sich ihren kämpfenden Kollegen anzuschließen, die haben auch nicht den Mut, den Betrieb zu verlassen. Die Ausgesperreten werden sich das Verhalten dieser Nachfolger merken, damit auch von uns eine reinliche Scheidung dieser Streikbrecher durchgeführt wird.

In der anschließenden Diskussion herrschte Einmütigkeit über die Fortführung unseres aufgedrungenen Abwehrkampfes.

Nachdem noch Kollege Mann eindrucksvoll auf die Notwendigkeit der Fortsetzung unseres Kampfes hingewiesen, wurde die von gutem Geiste besetzte Versammlung geschlossen.

München. Gleichstellung in bezug auf die Arbeitszeit mit den Buchdruckern, welche nur 9 Stunden täglich arbeiten, war der Zweck eines Vorgehens der Kollegen der Firma Gustav Langer hier. Die Buchbinderabteilung dieses Betriebes mußte 10 Stunden arbeiten. Angesichts der schlechten Geschäftslage sahen die Kollegen von einem ernsthaften Vorgehen ab, als ihre Forderung abschlägig beschieden wurde. Gang erfolglos war ihr Bemühen jedoch nicht, denn alle Beteiligten erhielten 2 Pf. pro Stunde Lohnzulage.

München. Gegenwärtig beschäftigt sich der Gewerkschaftsverein München, die Vertretung von rund 55 000 modern organisierte Arbeiter, intensiv mit der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, welche dem städtischen Arbeitsamt angegliedert werden sollen. Die Einrichtung ist in der Weise gedacht, daß verwandte Berufsgruppen zu einer Abteilung vereinigt werden und für jede die Arbeitsvermittlung unter fachlicher Leitung geschieht; z. B. für das gesamte Baugewerbe, für die Holzindustrie, für die graphischen Berufe usw. Die Ueberwachung soll durch eine Kommission, bestehend aus gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vollzogen werden. Interessant ist die ganze Vorgeschichte dieser wichtigen Frage.

Von den beiden städtischen Kollegien wurde m. B. bereits im Jahre 1902 eine soziale Kommission eingesetzt, welche sich den Fragen der Arbeiterfürsorge widmen sollte. Jedoch greifbare Resultate sind von dieser sozialen Kommission noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. Die brennende Frage der Arbeitslosenversicherung ist aus dem Stadium der Vorberatung noch nicht hinausgetreten, obwohl sich schon zahlreiche Versammlungen gegen die beliebte Verschleppungstaktik entschieden ausgesprochen haben. Jetzt scheint die Sache überhaupt eingeschlafen zu sein. Mehr Eifer widmete man der Reorganisation des städtischen Arbeitsamtes, und unter dem Vorhabe des Reichsrates Dr. Mainzer, Verwaltungsrat des Arbeits-

amtes, fand schon eine Reihe Besprechungen mit den Leitern der gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise und maßgebenden Führern statt, um der Frage des „paritätischen“ näherzutreten. Von allem Anfang an hatten sich die Vertreter der graphischen Verbände entschieden gegen den Vorschlag ausgesprochen, da für sie keine Veranlassung vorliegt, ihre gut funktionierenden Arbeitsnachweise aufzugeben. Schon schien die ganze Frage wieder vergessen zu sein, da kam die große Bewegung im Baugewerbe, welche die Gemüter der gesamten deutschen Arbeiterschaft so heftig bewegte. Dank des weitgehendsten Entgegenkommens der Arbeitervertreter und unter Verzichtleistung prinzipieller Forderungen kam auch eine Einigung zustande. Trotzdem alle möglichen strittigen Punkte erledigt und erörtert wurden, schenkte man dem Arbeitsnachweis keine Beachtung, und diese Unterlassungsfünde sollte sich bitter rächen. Friedliebend, wie der Arbeitgeberverband im Baugewerbe einmal ist, ergriffte derselbe in München kurz nach dem Tarifabschlusse einen Arbeitsnachweis, der wohl einzig dastehen dürfte. Nur ein Paragraph der Statuten dieses Arbeitsnachweises möge angeführt sein, um die Gemeingefährlichkeit desselben zu beleuchten. In diesem heißt es, daß jeder Arbeitgeber bei Bedarf von Arbeitskräften diese vom Arbeitgeberverband zu beziehen hat, widrigenfalls für jeden anderweitig eingestellten Arbeiter 10 Mk. Strafe zu bezahlen ist. Den Kollegen ist bei sofortiger Entlassung daselbst aufgetragen. Würden Gewerkschaften derartige Statuten herausgeben, gleich würde der Staatsanwalt bei der Hand sein, und die bürgerliche Presse würde von Terrorismus, Exploitation usw. schreiben. Gewiß hat auch in diesem Falle die säubende Hand der Polizeigewalt eingegriffen, jedoch weiche nicht, um das Koalitionsrecht der Arbeiter zu schützen, sondern um vor dem herannahenden Arbeitsnachweis Posten zu stehen, damit keine Ausschreitungen vorkommen. Selbstredend waren die nach vielen Tausenden zählenden Bauarbeiter aus höchste Empörung ob dieses Beginns und protestierten sie in großen Versammlungen demonstrativ gegen diese probierende Handlungsweise des Arbeitgeberverbandes. Die Organisationen der Bauarbeiter riefen das Einigungsamt des Gewerbeichters an, und in der Verhandlung erklärten die Herren Scharfmacher, „der Arbeitsnachweis bilde keinen Punkt des Tarifvertrages und lassen wir uns in diesbezügliche Verhandlungen nicht ein, die Arbeiterführer mögen tun, was sie belieben“.

Nun griff der Gewerkschaftsverein München ein und kam zu dem oben gemachten Vorschlag. Unsere Mitgliederversammlung am 20. Mai nahm dazu Stellung und kam nach einem eingehenden Referate des Kollegen Faust und nach ausgiebiger Debatte zu dem Beschlusse, daß die Einführung paritätischer Arbeitsnachweise wohl für das Baugewerbe, die Metallindustrie und andere Berufe begünstigt werden könne, wir jedoch von einer Beteiligung daran bezw. Aufheben unseres Arbeitsnachweises Abstand nehmen. Denselben Beschluß faßte das graphische Kartell.

Ausschlaggebend für diesen Beschluß war erstens die außerordentlich schlecht organisierte Buchbinderinnung, mit der wir 1906 nicht einmal zu einem Tarifverhältnis kommen konnten und deren Vertreter jederzeit erklärten: „Unseren gut funktionierenden Arbeitsnachweis geben wir nie auf“, wenn durch denselben auch innerhalb zehn Jahren nur rund 800 Stellen vermittelt wurden. In den letzten Jahren, seitdem wir unser eigenes Bureau haben, ist es der Innung überhaupt unmöglich, weibliche Arbeitskräfte zu vermitteln, weil keine hingehen. In unserem Arbeitsnachweis, der wie ja wohl bekannt sein dürfte, erst seit zwei Jahren in eigenen Bureau geführt wird, wurden in 7 Jahren rund 1100 Stellen vermittelt, davon 800 in den letzten zwei Jahren. Arbeitgeber, welche sich früher immer des Arbeitsnachweises der Innung oder des städtischen Arbeitsamtes bedienten, benutzen jetzt ausschließlich unseren Arbeitsnachweis. Das städtische Arbeitsamt erklärte sogar in letzter Zeit den nachfragenden Buchbindern: „Wir vermitteln keine Buchbinder mehr, wenden Sie sich an Ihr Bureau“. In tariflicher Beziehung beeinflusst unser Arbeitsnachweis das Gewerbe in der günstigsten Weise, besonders bei den weiblichen Arbeitskräften, deren es in München immer mangelt. Des weiteren besteht keine Gewähr, ob bei den zu errichtenden paritätischen Arbeitsnachweisen die Vermittlung den verschiedenen Anforderungen (Vermittlung von Spezialarbeitern usw.) gerecht werden kann und ob nicht anstatt sachkundiger Leute Militär-anwärter als Vermittler angestellt werden.

Diese angeführten und eine Menge anderer Gründe haben uns das Geleit bei unserer ablehnenden Haltung. Wollen wir hoffen, daß der paritätische Arbeitsnachweis trotzdem kommt, für uns jedoch ist er nur dann von Bedeutung, wenn seine Organisation so ausgebaut ist, wie der Arbeitsnachweis der Buchdrucker.

Leipzig. Eine am 3. Juli stattgefundene Versammlung nahm einen Bericht über den Gewerkschaftsfortschritt entgegen.

In der Diskussion unterzieht Maje das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission betr. Unterstützung der Waigemaßregeln einer scharfen Kritik, dabei die Hauptschuld an Abflauen der Maifeier den Parteiführern zuschreibend, die voreilig zum Rückzug geblasen haben.

Ueber „Die Arbeitslosigkeit in unserem Verufe am Ort“ referiert ebenfalls Zinke. Er weist besonders darauf hin, daß laut Statut nur Mitglieder bezugsberechtigt sind, die mit den Beiträgen höchstens 4 Wochen restieren. Um die Arbeitslosigkeit den Betroffenen nicht allzu fühlbar zu machen, muß der Arbeitsnachweis durch die Kollegen besser orientiert werden.

Die Uebergabe des Ertrages der Mailiste für die Pforsheimer Ausgeperrten wird einstimmig gutgeheißen. Weitere Listen sollen in Umlauf gesetzt werden.

Ueber den zum Sommerfest zu entrichtenden Bierpreis entpinnst sich eine lebhafte Debatte. Maje tritt dafür ein, lieber einige Jahre kein Sommerfest zu feiern, als den geforderten Preis von 15 Pf. pro 1/2 Liter Bier zu zahlen.

Rundschau.

Ferien. Die Firma Beckhausen u. Rüpper in Mühlh. gewährt ihrem Personal 6 Tage Ferien. Die Firma O. Th. Winkler in Leipzig gewährt allen Angestellten Ferien, je nach Dauer der Beschäftigung 8-14 Tage.

Eigenartige Praktiken, wie sie sonst nur bei Schwindelkassen anzutreffen sind, wandte die Ortskrankenkasse in Bremen gegenüber unserem Kollegen G. an. G. war im Jahre 1906 Mitglied der Zentralkrankenkasse, die bekanntlich den Bestimmungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entspricht.

Durch irgendwelche Umstände erfuhr nun die Ortskrankenkasse in Bremen, daß G. Mitglied der Zentralkrankenkasse der Buchbinder sei, sowie auch, daß ihm von seinem Wochenlohn für die Versicherung bei der Ortskrankenkasse keine Abzüge gemacht worden waren. Hierauf stützte sich die Ortskrankenkasse und — verweigerte dem G. die Zahlung der Krankenkassenunterstützung.

Landgerichts ist um so unverständlicher, als bei der Anmeldung der Erkrankung des G. bei der Ortskrankenkasse eine Bezahlung resp. zunächst Unterzuchung des Krankheitsfalles seitens der Ortskrankenkasse zugesagt war und erst, als während dieser Unterzuchung die Tatsache der Doppelversicherung laut wurde, das Eintreten der Leistungen der Krankenkasse verweigert wurde.

Das Oberlandesgericht in Hamburg hob am 3. Juni das Landessprichtsgericht auf und beurteilte die Bremer Ortskrankenkasse in die Kosten. Wie überzeugt nun aber die Ortskrankenkasse selbst davon war, daß die Forderung auf Auszahlung der Krankenkassenunterstützung von G. zu Recht erhoben wird, mag die Tatsache bezeugen, daß ihre Vertreter vor der Verhandlung vor dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Hamburg nicht nur nicht erschienen, sondern daß sie dem Kläger G. noch vor dem Termin die unstrittigen Kosten in Höhe von 400 M. und 4 Proz. Zinsen auszahlte.

Dem Kollegen G., dem der Rechtschutz unseres Verbandes bei seinem langwierigen Kampfe um sein Recht zur Seite stand, ist sein Erfolg wohl zu gönnen. Anders steht es mit dem Verhalten der Ortskrankenkasse in Bremen, welches nicht scharf genug beurteilt werden kann. Wie mancher, dem die Rechtsmittel einer Organisation nicht zur Verfügung standen oder der infolge Indolenz von seinen Rechten usw. keine Ahnung hat, wird sich durch das dreiste Auftreten verblüffen lassen und — um Scherereien, die leider Gottes mit solchen Sachen in nur zu reichlichem Maße verquillt sind, aus dem Wege zu gehen — auf sein Recht verzichten.

„Die Zeitschrift für Deutschlands Buchbinder“, das offizielle Innungsorgan, gefällt sich in der Rolle der Verteidiger der Zentrumsbewegung unseres Verufes. So entzückt sie sich nach alter Jungfernarart über den „entzündend anständigen“ Ton der „Buchbinder-Zeitung“, der es zulasse, daß ein Bericht mit den Worten beginne: „Christlich organisierte Schweinegöl und Pfeif.“

Es ist doch schon weit gekommen mit der Autoorganisation unseres Verufes, daß sich selbst Unternehmerorgane ihrer annehmen. Hält die „Zeitschrift“ die Zeit für gekommen, die Christlichen unter ihre Pittide zu nehmen und — was sagen diese zu solcher Einschätzung?

Es gibt keine Klassenjustiz. Ein neugewählter Verband der Zeichenbesitzer des Ruhrgebiets erblickt seine Hauptaufgabe darin, angeblickt kontraktbrüchig genordene Vergleute durch Zirkulation schwarzer Listen ständig außer Arbeit zu halten. Die „Vergarbeiter-Zeitung“ war kürzlich in der Lage, mitzuteilen, daß diese Liste bereits weit über 3000 Namen aufweise. Inzwischen wurde es bei der Aufstellung dieser Listen nicht allzu genau genommen, und mancher Name, dessen Träger das eingangs erwähnte Verbrechen nicht begangen hatte, glängte auf ihr.

Besondere keine Zuwiderhandlung gegen die §§ 240 (Mötigung) oder 253 (Erpressung) St.-G.-B. oder gegen § 153 G.-O., wie schon der Wortlaut dieser Strafbestimmungen ergebe.

Trotz dieser Ablehnung möchten wir keinem Arbeiter raten, das Gleiche zu tun wie der Zeichenverband. Denn nicht ganz sicher ist es, ob auch in solchen Fällen eine Ablehnung erfolgt, bei dem der Strafantrag seitens des Unternehmers ausgeht. Aber Massenjustiz gibt es nicht!

Die Gewöhnung an Unfallfolgen. Seit Jahren sind die Berufsvereinigungen bestrebt, wenn sonst eine Aenderung in Unfallfolgen nicht zu konstatieren ist, eine sogenannte Gewöhnung als Beförderung anzunehmen, um gemäß § 88 des Gew.-Unf.-Vers.-Gesetzes eine Herabsetzung der Rente vorzunehmen zu können. In diesem Bestreben werden die Berufsvereinigungen von einzelnen Schiedsgerichten und einzelnen Senaten des Reichsversicherungsamts unterstützt. Man erlebt es jetzt, daß dieselben Renten für Fingerverkümmelungen, die vor einigen Jahren als dauernde vom Reichsversicherungsamt gewährt worden waren, nach der neueren Praxis infolge angeblicher Gewöhnung entzogen oder auf einen solchen Prozentfuß herabgedrückt werden, daß von einer Entschädigung kaum noch die Rede sein kann.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Das „Konsumgenossenschaftliche Volksblatt“ berichtet über die fortschreitende Entzückung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1907. Nach den dort gemachten Angaben bestanden am 1. Januar 1907 in Deutschland 2021 eingetragene Konsumvereine mit insgesamt 1 181 753 Mitgliedern.

Der Detailhandel und die Umsatzsteuer. Das beliebteste Mittel zur Bekämpfung der Konsumvereine ist gegenwärtig ihre Belegung mit Umsatzsteuern ausgeflügelt, und die Mittelständler machen den Steuerfeldzug mit, weil sie in ihrer Naivität glauben, er nütze ihnen etwas. Der vernünftiger Teil der Mittelständler lehnt jedoch die Umsatzsteuer ab. So nimmt z. B. das in Hannover erscheinende Kleinhandlervorgan „Der Detaillist“ gegen die geplante Umsatzsteuer in Sachen Stellung. Das Blatt kommt zu folgendem Urteil:

Man verschone doch endlich einmal den Detailhandel mit Steuerprojekten, die ihn gar nichts nützen, ihn aber wohl in seiner Entwicklung aufhalten können. Die Bekämpfung unlauterer Kon-

kurrenz überlasse man getrost seinen Organisationen. Diese werden ihrem Stande schon zu helfen wissen. Wo aber Detaillistenvereinigen nicht existieren, da gründe man welche, und die unlautere Konkurrenz von Warenhäusern und Zweigniederlassungen wird da, wo sie besteht, von selbst aufhören. Neell geleitete Warenhäuser usw. aber sind, darüber ist sich der modernen arbeitende Detailhandel einig, keine solche Konkurrenz, gegen die Sondergesetze erlassen werden müssen.

Am besten und wirkungsvollsten schützt sich der Detailhandel selbst!

So zeigt sich immer klarer, daß es lediglich die rüchständigen Elemente im Kleinhandel sind, die nach Ausnahmegerichten gegen die Konsumvereine jähren. Der wirtschaftlich tüchtige Teil der Detaillisten bedarf solcher Steuern nicht, nur die überflüssigen, schmarozkenden Krämer fordern sie. Die Umsatzsteuern müssen deshalb erst recht verbitternd und aufreizend wirken.

Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände zu Hamburg. Den Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses ging eine Konferenz der Vertreter der Zentralvorstände voraus, an der auch die Vertreter der Gewerkschaftsredaktionen teilnahmen. Diefelbe fand am 20. Juni statt. Ihre Beratungen waren überwiegend interner Natur. In bezug auf das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Konsumvereinen hatte der vorjährige Düsseldorf Genossenschaftstag eine Resolution beschlossen, deren Wortlaut und Begründung zu scharfen Auseinandersetzungen mit den dort vertretenen Gewerkschaften, als auch später in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Presse führten. Da zu erwarten stand, daß diese Auseinandersetzungen auch auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress zum Ausdruck kommen und für die Beziehungen zwischen beiden Organisationsgruppen mehr nachteilig als förderlich wirken würden, so nahm die Generalkommission vor dem Kongress Veranlassung, sich über die Tragweite und Auslegung des Düsseldorf Beschlusses mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu verständigen. Es wurde beiderseits eine Erklärung vereinbart, die dem Eisenacher Genossenschaftstag zur Beschlussfassung unterbreitet und nach erfolgter Annahme vom Gewerkschaftskongress zur Kenntnis genommen werden sollte. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Der fünfte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach erklärt, daß der Beschluss des Düsseldorf Genossenschaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, — nicht dahin aufzufassen ist, daß nuncmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften verweigert werden soll, solange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind.

Der Genossenschaftstag steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein.

Der Genossenschaftstag beauftragt daher den Vorstand des Zentralverbandes, bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlung zu treten.

Erweist sich der Abschluß eines Gesamtarifes für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege.“

Nach kurzer Diskussion erklärte sich die Konferenz mit dieser Art der Erledigung der Angelegenheit einverstanden und stimmte ferner folgendem Antrage zu, der dem Gewerkschaftskongress unterbreitet werden soll:

„Der Gewerkschaftskongress nimmt Kenntnis von dem Beschlusse des Eisenacher Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), nach welchem die Konsumgenossenschaften durch Beitritt und Propagierung der genossenschaftlichen Bestrebungen aufs tatkräftigste zu unterstützen sind.“

Weiter wurde die Generalkommission beauftragt, mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine darüber zu beraten, inwieweit seitens der Konsumvereine Unterstützungseinstellungen zu pflegen sind, die auch gewerkschaftliche Interessen berühren.

Sobann wurde ein Antrag auf Unterstützung zur Errichtung eines Arbeitersekretariats in M.

Stadbach der Erwägung der Generalkommission anheimgegeben.

Ein Gesuch, das Provinzialsekretariat der Gewerkschaftskartelle der Provinz Sachsen und Inhalts zu unterstücken. Lehnte die Konferenz ab, weil sie die Anstellung von Provinzialsekretären nicht für notwendig hielt.

Die Entscheidung darüber, ob die Gewerkschaftskartelle befragt sind, obligatorische Beiträge für Gewerkschaftskäufer zu erheben, wurde einer der nächsten Vorstandskonferenzen vorbehalten.

Zu übrigen befazte sich die Konferenz mit der Tagesordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses und schlug einige Änderungen hinsichtlich der Reihenfolge der einzelnen Beratungspunkte sowie die Wahl einer Redaktionskommission für die Vorberatung des Punktes „Grenzstreitigkeiten“ und zur Abfassung einer geeigneten Resolution vor. („Correspondenzblatt“.)

Zweite Konferenz der Arbeitersekretäre Deutschlands. Am 21. und 22. Juni fand in Hamburg eine Konferenz der Arbeitersekretäre statt, die sich mit den Fragen der Sekretariatsstatistik, der Unterrichtskurse für Arbeitersekretäre und der Regelung des Geschäftsverkehrs mit dem Zentralarbeitssekretariat beschäftigte. Ein vom Arbeitersekretär Koch beantragter weiterer Punkt, betreffend die „Berichte der Arbeitersekretariate“, konnte nicht mehr zur Beratung gelangen.

Hinsichtlich der Statistik der Arbeitersekretariate wurde allgemein eine Vereinfachung als notwendig anerkannt. Dagegen gingen die Meinungen darüber auseinander, ob es richtiger sei, die Auskünfte oder die den Auskünften zugrunde liegenden Fälle zu registrieren. Es wurde eine Kommission eingesetzt, um zu prüfen, in welcher Weise die Statistik am zweckmäßigsten zu vereinfachen sei. Dieselbe sprach sich für die Streichung einer Anzahl von Fragen in den Erhebungsformularen und dafür aus, daß in Zukunft nur die Zahl der erteilten Auskünfte, nicht die der Fälle zu ermitteln sei. Dem stimmte die Konferenz zu.

In Sachen der Errichtung von Spezialunterrichtskursen für die Arbeitersekretäre waren die Verhandlungen der Konferenz nur vorbereitender Natur. Es war schon bei Einrichtung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse in Aussicht genommen, auch Spezialkurse für Arbeitersekretäre einzuführen, sobald hinsichtlich der allgemeinen Kurse ein genügendes Maß von Erfahrungen vorliege. Dieser Aufgabe soll jetzt näher getreten werden. Ins Auge gefaßt sind vierwöchige Kurse mit geeignetem Unterrichtsplan. Die allgemeinen Kosten trägt die Generalkommission; die persönlichen Kosten der Teilnehmer fallen den Sekretariaten zur Last. In der Debatte wurden sowohl die Schwierigkeiten, die Sekretariate zur Dispensation ihrer Beamten für die Dauer der Kurse zu veranlassen, als auch den kleineren Sekretariaten die Kosten aufzubürden, hervor gehoben. Auch die Einsicht und der gute Wille einzelner Aufsichtsinstanzen, ihren Beamten die Teilnahme an solchen Kursen zu ermöglichen, wurden verschiedentlich in Zweifel gezogen. Andererseits wurden Wünsche geäußert nach einer Spezialschrift für die Arbeitersekretariate als Publikations- und Diskussionsorgan, nach Sammlungen neuerer Gesetze und wichtiger Rechtsentscheidungen, wobei besonders auf einseitige Urteilszusammenstellungen gewisser Berufs genossenschaften hingewiesen wurde. In bezug auf die Kostenbedeckung für die kleineren Sekretariate wurde zugefagt, daß die Generalkommission nach dieser Richtung entgegenkommen sich verhalten und berechtigte Wünsche wohlwollend in Erwägung ziehen werde. Im übrigen ergab die Debatte, daß man mit der Einrichtung spezieller Kurse für Arbeitersekretäre im allgemeinen einverstanden sei.

Die Beratungen über den Geschäftsverkehr der Arbeitersekretariate mit dem Zentralarbeitssekretariat waren lediglich instruktiver Natur. Beschlüsse wurden hierzu nicht gefaßt. An der Konferenz nahmen 70 Arbeitersekretäre in Vertretung von 65 Sekretariaten teil. („Correspondenzblatt“.)

Quittung.

Für die ausgesperrten Stützarbeiter und Arbeiterinnen in Pforzheim gingen weiter bei der Verbandskasse ein: Von Augsburg 15 M., Bremerhaven 10 M., Wank-Wilhelmsbaven 5 M., Chemnitz 20 M., Freiburg 20 M., Göttingen 10 M., Markt, Schw.-Gmünd 10 M., Rölln 21 M., Lübeck 20 M., Mühlheim-Oberhausen 10 M., Kusla 5 M., Zeit 12,40 M., von dem Personal der Firma Mohr und Weber in Frankfurt a. M., 2. Rate, 14,65 M., und vom Postfeuilerverband, Zahlstelle Leipzig, 10,45 M.

Bis jetzt insgesamt eingegangen 1102,50 M. Weitere Beträge nimmt die Verbandskasse gern entgegen. E. S a u e i s e n.

Abrechnungen

Vom zweiten Quartal gingen bis zum 14. Juli bei der Verbandskasse ein: Von Altenburg mit 160 M., Braunschweig 350 M., Burgstädt 125,25 M., Dessau 30 M., Deimold 93 M., Duisburg-Mühlrodt 110 M., Eisenach — M., Eberfeld 580 M., Erlangen — M., Glogau 86,51 M., Götting 246,90 M., Halberstadt 128 M., Jena 40 M., Kaiserlautern 30 M., Kaufbeuren 205,10 M., Königsberg 62,33 M., Langenfalza 50 M., Lübeck 280,90 M., Mühlheim-Oberhausen 48,60 M., Potsdam-Rowades 80 M., Rathenow 70 M., Regensburg 132,02 M., Rostock 53 M., Schwerin 100 M., Tilsit 196,14 M., Weimar 79,81 M., Zeit 81,06 M., Gau II 50 M. und von Gau XVII mit — M.

E. S a u e i s e n.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau XVI. Bayerische Regierungsbezirke Unterfranken, Oberfranken, Mittelfranken und Oberpfalz. Gauvorort Nürnberg: Fr. Weinläder, Weichstraße 26, I. Vertrauensmann für Bayreuth: A. Lorenz, Jeann-Paulstr. 69; für Hof: P. Lehmann, Bismarckstr. 34; für Ansbach: S. Fischer, Oberhauser Straße 30; für Bamberg: G. Müller, Untere Königsstr. 12.

Oertliche Bevollmächtigte.

Kassel: P. Kleiner, Friedrichstr. 25, Hof part. Kattowiz: Fr. Pöhlter, Paulstr. 12.

Unterstützungs-Auszahl.

Kattowiz: Herzog, Fabrikstr. 5, von 12-122 und von 7-8 Uhr. Sonntags von 10-11 Uhr. Mainz: L. Stelzel, Weintorstr. 19, IV, von 8-9 Uhr. Dessau: H. Dessauer Gewerkschaftsheim, Wallmiedterstr. 1. Bochum: L. U. wird nur abends von 7-8 Uhr durch W. Frin, Grabenstr. 5 ausgegeben.

Briefkasten.

A. A. in Pl. Ihre Anfrage ist unverständlich. Erläutern Sie doch zunächst einmal den technischen Vorgang etwas genauer. — L. B. in Kr. Die eingelangte Berichtsliste redet von 141 Mitgliedern. Wenn diese Angabe richtig ist, müssen die gesaubten Zeitungen auch ausreichen. — K. Schm. in W. Diese Angelegenheit kann ich von hier aus nicht nachprüfen. Solange das dortige Organ sich nicht mit der Sache beschäftigt, liegt für mich kein Anlaß vor, diese zu behandeln. Wenden Sie sich also zunächst an das Schweizer Verbandsorgan. — F. M. in M. Ich glaube, Ihren Wünschen mit Vorliegendem Rechnung getragen zu haben. Brauchbare Zusendungen sind mir immer erwünscht. — Fr. P. in K. Solche Sachen behandelt man doch nicht in dieser Weise im Verbandsorgan. Nach Ausscheidung dieses Hauptteiles bleibt vom Bericht nichts mehr übrig, und da Ihnen obendrein eine Verwechslung der Zeitung mit einem Protokollbuch unterlaufen ist, muß der Bericht ungedruckt bleiben. — Fr. M. in N. Die Warnung kann nicht aufgenommen werden. Unter Darlegung des Sachverhalts beim Verbandsvorstand beantragen. — K. K. in Br. Zum Abdruck in dieser Form nicht geeignet. Uebrigens wird eine der nächsten Nummern das Thema behandeln, so daß auch eine Umfchreibung sich erübrigt. — Fr. S. in K. Die Sachen werde ich verwenden, jedoch alles hübsch der Reihe nach. Augenblicklich habe ich noch diverser dazuliegen. — N. A. in Dr. 19. Zuschriften von uns unbekanntem Personen können nicht aufgenommen werden. Lassen Sie Ihre Mitteilung durch das dortige Bureau beschleunigen oder einsenden, wenn sie Verwendung finden soll. — G. Z. in L. Die Zeitung existiert doch aber nicht für den einzelnen, „den es angeht“, sondern für mehr denn 22 000 unserer Mitglieder.

Literarisches.

Von der Romanbibliothek „In Freien Stunden“, die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheint, sind die Hefte 28 und 29 erschienen. In Heft 27 hat der außerordentlich spannende Roman: „Der Gaubud“ von Bucura Dumbraiva begonnen. Da dieses Heft gern nachgeliefert wird, ist jetzt der geeignetste Termin zum Abonnieren der „Freien Stunden“. Jedes Heft enthält außerdem eine Novelle, Humoreske usw. Der Preis ist 10 Pf. Zu beziehen durch alle Stolporture und Parteibuchhandlungen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 14 des 18. Jahrgangs zugegangen.

